

Montag (Nachmittag), 23. November 2015

Finanzdirektion

16 2015.RRGR.140 Voranschlag / Aufgaben-/Finanzplan Aufgaben-/Finanzplan 2017–2019 (Gesamtstaat und Justiz)

Präsident. Im Bewusstsein, dass vieles bereits beraten wurde, muss nicht gezwungenermassen alles noch einmal wiederholt werden, was schon gesagt wurde. Ich gebe aber dennoch dem FiKo-Präsidenten zuerst das Wort zu einem Grundsatzvotum und öffne generell das Wort, damit man nicht gleich auf die Planungserklärungen eingehen muss, sondern allenfalls noch eine grundsätzliche Bemerkung anbringen kann. Die Fraktionen dürfen aber gerne auch darauf verzichten. Anschliessend werden wir die Planungserklärungen behandeln, die in einem engen Zusammenhang mit den Beschlüssen stehen, die bereits gefällt wurden. Wird sich der FiKo-Präsident gleich zu allen anstehenden Planungserklärungen äussern? – Das ist der Fall.

Allgemeine Debatte

Jürg Iseli, Zwieselberg (SVP), Kommissionspräsident der FiKo. Wir stehen heute vor dem zweiten Jahr, in dem das Parlament den Aufgaben-/Finanzplan genehmigt und nicht mehr nur zur Kenntnis nimmt. Vor einem Jahr war es das erste Mal, dass wir ihm zustimmen mussten: damals noch einem relativ negativen Finanzierungssaldo in den Planjahren. Mit dem AFP 2017–2019 ist das nicht mehr der Fall: Die Regierung hat es geschafft, in allen Belangen positiv zu bleiben. Wir bleiben auch positiv, wenn die Planungserklärungen, welche die FiKo nun abgeleitet vom Voranschlagsprozess vorlegt, überwiesen werden. Wie Sie wissen, können im AFP keine Änderungen am Zahlenwerk durch Entscheide des Parlaments vorgenommen werden. Es gibt nur Planungserklärungen, zu deren Umsetzung die Regierung auf den Voranschlag 2017 und AFP 2018–2020 angehalten ist. Zur Planungserklärung 12 in der Version 5 möchte ich seitens der FiKo noch einige Erläuterungen anbringen. Die Mehrheit der FiKo hat die Absicht, finanziellen Handlungsspielraum zu schaffen, und zwar, um die Steuern der juristischen und der natürlichen Personen so weit zu senken, dass man im interkantonalen Mittelfeld ankommen könnte. Wir wissen auch, dass die Finanzdirektorin verlauten liess, der Kanton Bern müsse Reserven von 600 Mio. Franken haben, damit er bei den natürlichen Personen in diesen Bereich kommt. Aus meiner Sicht sind die Regierung und das Parlament mit dem beschlossenen Voranschlag auf dem richtigen Weg, um diesem Ziel näher zu kommen. Es braucht aber die Konsequenz, sowohl die ASP-Massnahmen wie auch die Aufgaben, die dem Kanton immer wieder zugeschant werden, ganz klar zu hinterfragen: Man muss prüfen, ob sie wirklich nötig sind oder ob man sie auch unterlassen könnte. Ich bitte den Rat, die Planungserklärung zu überweisen und der Regierung klar anzugeben, in welche Richtung es gehen soll. In der Erklärung im Bericht ist klar definiert, was wir wollen. Es gibt auch seitens der Steuerstrategie keine Ausweichmöglichkeiten. Für uns sind höhere Drittbetreuungsabzüge keine wirklichen Steuersenkungen für natürliche Personen. Sie müssten dort substantiell sein, und das ist der Hintergrund der Planungserklärung 12 der FiKo-Mehrheit. Bei den übrigen Planungserklärungen ist klar, dass das Verhalten der FiKo analog zum Verhalten bei den Anträgen zum Voranschlag ist. Auch da bitte ich den Rat, der FiKo Folge zu leisten.

Präsident. Wird vor der Behandlung der einzelnen Planungserklärungen seitens der Fraktionen das Wort grundsätzlich zum AFP gewünscht? – Das ist der Fall. Grossrat Bernasconi hat das Wort für die SP-JUSO-PSA-Fraktion.

Roberto Bernasconi, Malleray (SP). Je serai très rapide. Nous devons maintenant accepter le plan intégré mission-financement. Là aussi, le groupe socialiste ne peut que saluer les efforts consentis par le gouvernement et les perspectives des années prochaines qui prévoient des années avec des excédents de revenu. Avec les décisions prises tout à l'heure par le budget, le groupe socialiste vous demande de rejeter les déclarations de planification de la Commission des finances, mais in fine d'accepter le plan intégré mission-financement. Ce matin, la Commission des finances a revu sa copie, et finalement a décidé, à une faible majorité, d'accepter ce plan financier. Je tiens ici à saluer la sagesse du président qui s'est abstenu sur ce vote et qui a pu ainsi aboutir à une acceptation. Je l'ai dit ce matin, il est important que la Commission des finances donne un signal clair à la population du canton en acceptant ce plan financier. En effet, il paraît inconcevable qu'une commission d'une telle importance ne soit pas en adéquation avec la Direction des finances. Comme pour le budget, nous allons revenir sur les différentes déclarations, mais je vous demande, au nom du groupe socialiste, d'accepter ce plan intégré mission-financement, comme le recommande la Commission des finances.

Detailberatung Aufgaben-/Finanzplan 2017–2019 (Gesamtstaat und Justiz)

Planungserklärung 12 FiKo (Iseli, SVP)

Schaffung von finanziellem Handlungsspielraum

Planungserklärung 13 FiKo-Minderheit (Stucki, SP)

Ablehnung Planungserklärung 12

Präsident. Der FiKo-Präsident hat sich zu Planungserklärung 12 bereits geäußert. Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Im Rahmen des Aufgaben-/Finanzplans 2017–2019 beantragt die FiKo-Mehrheit die Schaffung von finanziellem Handlungsspielraum. Auf den ersten Blick mag dies gut aussehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Liest man jedoch die Begründung, klingt es weniger gut. Das hat der FiKo-Mehrheitssprecher relativ klar ausformuliert: Es geht darum, Steuersenkungen für natürliche und juristische Personen vorzusehen mit dem Ziel, den Kanton Bern im interkantonalen Steuerranking wesentlich zu verbessern. Wir werden in nicht allzu ferner Zeit über die Steuerstrategie eine politische Auseinandersetzung führen – darüber, was für einen Spielraum wir haben, um Steuersenkungen vorzunehmen. Aber bereits hier Vorgaben zu machen, die sehr weitgehend sind: Wenn man sich im interkantonalen Vergleich bei den natürlichen Personen wesentlich verbessern will, muss dies mit massivem Geldeinsatz gemacht werden. Es geht um hohe dreistellige Millionenbeträge, seien es 600 oder 700 Mio. Franken. Es sind sehr hohe Millionenbeträge, die Richtung Milliardenbetrag gehen, wenn man noch die juristischen Personen dazunimmt. Bezüglich der juristischen Personen haben wir im Rahmen der Steuerstrategie die Vorschläge der Regierung gesehen. Ich halte dazu nur zwei Punkte fest: Die Steuersenkungen sind nicht finanziert und sie kommen nur den juristischen Personen mit hohen Gewinnen zugute. Die KMU im Kanton Bern, die Mehrheit der Unternehmen, würden davon sicher nicht profitieren. Dass man nun auch bei den natürlichen Personen massive Senkungen vornehmen will, ist im Moment nicht finanzierbar. Die grüne Fraktion lehnt das ab. Es sind Schalmeienklänge, die uns hier, nachdem wir bei den Investitionen und beim Sachaufwand plafoniert haben, nur einen Vorgeschmack dessen geben, was es an Konsequenzen und Sparmassnahmen für den Kanton Bern zur Folge hat, wenn man diesem Antrag zustimmt. Diese Schalmeienklänge unterstützen wir nicht, denn das wären Blankochecks zum Sparen, ohne dass wir darüber diskutiert hätten, wo Steuersenkungen überhaupt sinnvoll wären, wenn wir sie uns leisten könnten. Wir sind der Meinung, dass man diese Diskussion dann führt, wenn man Unterlagen hat, und dass man keine Absichtserklärungen machen soll, die nicht quantifiziert und ausgedeutet werden können. Wir bitten um Ablehnung des Antrags.

Präsident. Ich muss mich entschuldigen: Ich habe übersehen, dass es einen FiKo-Minderheitsantrag gibt, der diesem Antrag entgegensteht. Ich hätte vor den Fraktionen der Minderheitssprecherin das Wort erteilen sollen. Grossrätin Stucki, Sie haben das Wort.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Mein Votum gilt auch gleich für die SP; es deckt sich mit unserer Haltung. Mit dem finanziellen Spielraum, der erwähnt ist, sollen in erster Linie Steuersenkungen ermög-

licht werden. Dieser Wille ist an und für sich lobenswert. Wie aber schaffen wir diesen Spielraum? Die FiKo-Minderheit fürchtet ganz klar, dass ein solcher Spielraum nur wieder über drastische Sparmassnahmen, also ein ASP-2-Paket, zu realisieren wäre. Steuern senken wäre eigentlich etwas sehr Schönes. Diesem Anliegen werden wir aber erst zustimmen können, wenn die Steuern merklich gesenkt würden, sodass man es tatsächlich spüren würde, und nicht so wie in den letzten paar Jahren, als es tröpfchenweise geschah, und – sehr wichtig und absolut zwingend – wenn die Steuersenkungen auch gegenfinanziert wären. Gegenfinanziert sind sie aber eben nicht, sondern müssen durch Sparmassnahmen erreicht werden. Ich erinnere daran, dass uns Professor Müller im Rahmen seiner Untersuchungen, seinem Benchmark, ganz klar dargelegt hat, dass der Kanton Bern kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem hat. Grossrätin Marti hat es vorhin ebenfalls gesagt. Also müssen wir auf der Einnahmenseite Lösungen suchen. Wir bitten den Rat im Namen der FiKo-Minderheit, aber auch im Namen der SP-JUSO-PSA-Fraktion, diesen Antrag abzulehnen.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Die EVP wird die Planungserklärung ablehnen. Finanzieller Handlungsspielraum ist für die Mehrheit der FiKo das Codewort für Steuersenkungen. Wir sind dagegen, dass man auf Vorrat auf dem Buckel von Teilen unserer Bevölkerung spart, damit man nachher im Steuerranking besser dastehen kann. Die EVP tritt für eine nachhaltige Finanzpolitik ein, die der ganzen Bevölkerung dient. Wir sind dagegen, dass der Kanton Bern blind im interkantonalen Steuerwettbewerb mitmischt, ohne Rücksicht auf das Gros der Bevölkerung. Wir werden den Verdacht nicht los, dass es hier um persönliche Interessen eines kleinen Teils der Bernerinnen und Berner geht, die viel verdienen, viel haben und das alles am liebsten für sich behalten möchten. Für das Portemonnaie der Durchschnittsverdiener macht eine Steuersenkung nämlich nur sehr wenig aus. Auf der anderen Seite bringt sie dem Gesamtstaat hohe Verluste, die weitere Einsparungen nach sich ziehen. Der Regierungsrat hat eine Steuerstrategie in die Vernehmlassung geschickt. Davon haben wir auch schon gehört. Bei den natürlichen Personen gab es bekanntlich eine Expertise, die gezeigt hat, dass Steuersenkungen uns auf dem Papier im Steuerranking vielleicht voranbringen; sie bringen jedoch keine zusätzlichen Steuereinnahmen, sondern Verluste. Mit Blick auf den Kanton Bern ist es also ein Märchen, dass die Bevölkerung wächst, wenn man die Steuern senkt. Unklarer ist es bei den juristischen Personen, aber die Unternehmenssteuer macht auch viel weniger aus als die Steuern der natürlichen Personen.

Ich komme zum Fazit: Auch die EVP ist der Meinung, dass der Kanton Bern finanziellen Handlungsspielraum braucht. Wir verstehen jedoch etwas anderes darunter. Unser Kanton muss funktionsfähig sein und seine Aufgaben zum Wohl der ganzen Bevölkerung erfüllen können. Auch die EVP will sich für diesen Handlungsspielraum einsetzen. Wir sind aber nicht der Meinung, dass er zum jetzigen Zeitpunkt durch Steuersenkungen erreicht werden kann. Die Standortattraktivität heisst nicht Steuersenkungen. Wir brauchen im Kanton Bern gute Rahmenbedingungen, zum Beispiel in der Bildung, und gute Infrastruktur für Familien. Als Kanton und grösster Arbeitgeber im Kanton Bern brauchen wir konkurrenzfähige Löhne, damit Menschen hierherkommen und den Kanton Bern als ihren Lebensmittelpunkt auswählen. Bei den übrigen Planungserklärungen stimmen wir sinngemäss so ab, wie wir beim Voranschlag abgestimmt haben, und werden uns deshalb auch nicht mehr dazu äussern.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Ich möchte vorab John Steinbeck zitieren, der einmal sagte: «Vielleicht verdirbt Geld den Charakter. Auf keinen Fall aber macht Mangel an Geld ihn besser.» Ich staune über die hellseherischen Fähigkeiten meiner Vorrednerinnen. Wenn ich die Planungserklärung betrachte, sehe ich kein Wort von Steuersenkungen. Es heisst einfach «Handlungsspielraum schaffen». Und Handlungsspielraum brauchen wir, wie ich in meinem ersten Eintretensvotum gesagt hatte. In den nächsten Jahren stehen wir vor zahlreichen Unsicherheiten: Wir wissen nicht, wie es herauskommt, gewissermassen nach dem Motto: «Erstens kommt es anders, und zweitens, als man denkt.» Wir haben beispielsweise noch 7 Mrd. Franken Schulden, und letzte Woche gab es zwei Motionen sowie einen Antrag für Schuldenabbau. Trotz allem sind wir bei den Steuern immer noch unter den Höchsten im Land. Wenn man da einen Schritt machen könnte, wäre es sicher auch keine Sünde. Der Kanton muss attraktiver werden, sei es mit Schuldenabbau oder mit Steuersenkungen in erster Linie für juristische Personen als Antwort auf die Unternehmenssteuerreform oder vielleicht auch einmal bei den natürlichen Personen. Die BDP ist dafür, dass in Zukunft finanzieller Spielraum geschaffen wird, damit der Kanton mehr Handlungsspielraum hat und vor allem auch gewisse Risiken, die auch in dem dicken Buch ausgezeichnet werden, abfedern kann. Die BDP stimmt der Planungserklärung zu.

Adrian Haas, Bern (FDP). Was ich nun zum Teil gehört habe, kann man nur unter Faktenresistenz abtun. Denen, die hier behaupten, eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger im Kanton Bern seien von den hohen Steuern nicht betroffen, empfehle ich, einmal die Anhänge zur Steuerstrategie zu lesen. Dort ist zu sehen, dass praktisch alle Kategorien mit Ausnahme der Bruttoeinkommen bis 40 000 Franken im interkantonalen Vergleich etwa auf Rang 23 sitzen. Dass Steuersenkungen nicht à tout prix zusätzliche Steuereinnahmen bringen müssen, ist wohl klar, aber das rechtfertigt es noch nicht, unsere Bürgerinnen und Bürger im gesamtschweizerischen Vergleich massiv höher zu besteuern. Die Rechtfertigung kann allein dadurch entstehen, dass man sagt, es sei unanständig, von unseren Bürgerinnen und Bürgern, so viel Geld abzuführen. Immer wieder lustig finde ich es, wenn man von der Gegenfinanzierung spricht, und die Vorschläge «Ertragssteigerungen» lauten: Das heisst nichts anderes, als dass man Steuersenkungen mit Steuererhöhungen finanzieren will. Das ist für mich keine Gegenfinanzierung, sondern eine «Gagafinanzierung». Wichtig ist, dass man sowohl bei den juristischen als auch bei den natürlichen Personen eine wesentliche Verbesserung ins Auge fassen muss. Das ist auch das, was die Planungserklärung der FiKo sagt. Das kann und muss wahrscheinlich auch schrittweise geschehen. Ich bin auch klar der Meinung, dass wir nicht auf einmal 600 Mio. Franken in einem Budget herausnehmen können. Das wissen alle hier im Saal. Das bedeutet jedoch nicht, dass man gar nichts in dieser Richtung machen soll. Für uns ist es klar und wichtig, dass wir Handlungsspielraum schaffen, damit wir unsere Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft nicht mehr massiv über dem schweizerischen Mittel besteuern müssen. Wir werden der Planungserklärung einstimmig zustimmen.

Andreas Blank, Aarberg (SVP). Auch die SVP wird dieser Planungserklärung zustimmen. Man muss sich – wie die SVP – die Frage stellen, welche Bedeutung diese Planungserklärung überhaupt hat oder ob man nicht den ganzen Aufgaben-/Finanzplan ablehnen muss, wenn wir wirklich eine wesentliche Steuererleichterung möchten. Denn grundsätzlich können wir mit Planungserklärungen bekanntlich nicht ins Zahlenwerk eingreifen. Es wurde gesagt, das koste 600 Mio. Franken. Das kann man nicht mit einer Planungserklärung machen, sondern muss wirklich den AFP zurückweisen. Nichtsdestotrotz werden wir die Planungserklärung natürlich unterstützen. Es wird immer von Steuersenkungen gesprochen. Es wäre wirklich schön, wenn man das irgendwann einmal machen könnte. Man muss sich aber noch etwas anderes überlegen. Bisher konnte das Ausgabenwachstum immer mit Mehrerträgen bei den Steuern finanziert werden. Irgendwann wird das vielleicht aufhören. Niemand weiss, wie sich die Wirtschaft im Kanton Bern entwickeln wird. Wenn nicht mehr einfach jedes Jahr die Steuereinnahmen zunehmen, sondern wenn sie einmal gleich bleiben oder – ich will nicht den Teufel an die Wand malen – sogar sinken: Was machen wir dann? Wenn wir da keinen finanziellen Handlungsspielraum haben, wären die logische Folge wahrscheinlich für die Linke Steuererhöhungen. Dann würde es definitiv untragbar in diesem Kanton.

Franziska Schöni, Bremgarten (glp). Von meinen letzten Vorrednern wurde schon relativ viel gesagt. Die glp möchte natürlich in Zukunft natürlich auch wieder etwas mehr Handlungsspielraum. Ich gebe ganz offen zu, dass wir nicht nur für die juristischen Personen Steuerreduktionen möchten. Diese sind mit der Unternehmenssteuerreform III quasi bereits aufgegleist. Wir wollen vielmehr für alle eine attraktivere Steuersituation schaffen im Kanton Bern. Das bedingt jedoch, wie wir vorhin von der Finanzdirektorin gehört haben, dass wir effektiv noch Sparanstrengungen machen müssen. Wir müssen uns den Rücken freischaufeln und diesen Spielraum erarbeiten. Ich habe es in der Eintretensdebatte bereits gesagt: Es wird ein Erarbeiten sein. Wir müssen Strukturen bereinigen und müssen Aufgaben, die der Kanton noch erfüllt, überprüfen. Da helfen wir mit. Wir wollen aber auch nicht alles abschaffen. Es muss realistisch sein. Aber diesen finanziellen Handlungsspielraum müssen wir uns erarbeiten. Das ist nicht einfach ein Weihnachtswunsch, den man sich erfüllen kann. Es wird harte Arbeit sein, und die glp wird dabei mithelfen. Wir unterstützen die Planungserklärung der FiKo. Ich mache es kurz und nehme gleich zu allen Planungserklärungen Stellung. Alle Planungserklärungen der FiKo nehmen wir an, insbesondere die Plafonierung der Nettoinvestitionen. Wir wehren uns nach wie vor gegen maximale Strassenprojekte oder sonstige Sachen, die nicht unbedingt nötig sind. Der Planungserklärung, wonach die Kosten Staatsbeiträge bei der Produktegruppe «Vollzug der Sozialversicherungen» um 42 Mio. Franken zu erhöhen sei, werden wir ebenfalls zustimmen. Die beiden Planungserklärungen der Grünen und der SP lehnen wir wie beim Vorschlag ab. Die Eliminierung der Hälfte der Gewinne der Nationalbank aus dem Zahlenwerk ist klar. Beim Sachaufwand sind wir nach wie vor der Meinung, dass das Luftpolster herausgenommen wer-

den muss. Auch dieser Planungserklärung der FiKo werden wir zustimmen. Ich mache es ganz kurz: Die glp wird den AFP genehmigen.

Johann Jakob Grädel, Huttwil (EDU). Die Planungserklärung zur Schaffung von finanziellem Spielraum ist ein absolutes Muss. Es ist wichtig, dass wir in diese Richtung gehen. Wir werden dieser Planungserklärung zustimmen. Sie merken sicher, dass ich mich meistens sehr kurz fasse, denn ich will auch Zeit sparen. Dadurch können wir auch Geld sparen. Bei den übrigen Planungserklärungen werden wir gleich stimmen wie beim Voranschlag.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Die Steuerstrategie des Regierungsrats liegt auf dem Tisch; sie sieht Entlastungen bei den juristischen Personen und die Erhöhung des Drittbetreuungsabzugs vor. Ich habe es bereits einige Male gesagt und wiederhole es noch einmal: Wenn man diese Entlastungen nachhaltig finanzieren will, muss man auf jeden Fall finanziellen Handlungsspielraum schaffen; das ist unumgänglich. Bis zu dieser Aussage stimme ich mit der FiKo überein. Aber eben nur gerade bis dahin. Wir haben jedoch eine sehr grosse Differenz betreffend die Zielsetzung der wesentlichen Verbesserung im interkantonalen Steuerranking bei den natürlichen Personen in der Planperiode 2017–2019, wie sie von der FiKo gefordert wird. Ich sage es immer wieder: Schon die Finanzierung der Steuerstrategie, die auf dem Tisch liegt, ist eine immense Herausforderung. Sie ist noch nicht nachhaltig gegenfinanziert. Wenn man nun mit einer Planungserklärung schon den nächsten Schritt einläuten will, muss ich Ihnen, Werte Grossrätinnen und Grossräte, einfach sagen: Das ist unrealistisch. Deshalb lehnt der Regierungsrat diese Planungserklärung ab. Ich wiederhole: Es bedeutet bereits einen enormen Aufwand, alles andere umsetzen zu können; vielleicht ist dafür sogar ein weiteres Entlastungspaket notwendig. Nun eine Planungserklärung zu überweisen, um wahrscheinlich ein neues Entlastungspaket zu schnüren, damit wir die Steuern bei den natürlichen Personen senken können, ist nicht nachhaltig.

Präsident. Wir stimmen über die Planungserklärung 12 der FiKo sowie über Planungserklärung 13 der FiKo-Minderheit ab: Wer Planungserklärung 12 annehmen will, stimmt ja, wer die Planungserklärung der FiKo-Minderheit annehmen will, stimmt nein.

Abstimmung (Planungserklärung 12 FiKo gegen Planungserklärung 13 FiKo-Minderheit)

Der Grosse Rat beschliesst

Annahme Planungserklärung 12 FiKo

Ja 87

Nein 54

Enthalten 0

Präsident. Der Rat hat die Planungserklärung 12 der FiKo angenommen.

Planungserklärung 14 FiKo (Iseli, SVP)

Plafonierung der Nettoinvestitionen auf 440 Mio. CHF

Präsident. Will sich der FiKo-Präsident zu dieser Planungserklärung äussern? – Er verzichtet. Gibt es Wortmeldungen aus den Fraktionen? – Das ist der Fall. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit werden wir die Votanten morgen zu Wort kommen lassen, denn ich habe noch folgende Information: Es gab Unsicherheiten bezüglich der Debatte betreffend Spitalstandortinitiative und Gegenvorschlägen, die vorliegen. Ich wiederhole noch einmal das Vorgehen: Es gibt am Anfang eine Grundsatzdebatte; die Fraktionen haben dafür je 5 Minuten Zeit. Anschliessend werden wir eine Debatte über den Rückweisungsantrag führen. Ich möchte den Fraktionen genügend Zeit geben, damit sie sich nicht innerhalb von nur 5 Minuten zum gesamten Geschäft und auch noch zu den Rückweisungen äussern müssen. Mit dem geplanten Vorgehen haben die Fraktionen mindestens zweimal 5 Minuten Zeit. Danach wird sich zeigen, wie es weitergeht. Ist der Rat damit einverstanden? – Das ist der Fall. Wir werden also morgen zunächst Geschäft 16 abschliessen, danach kommen wir zur ERZ und dann zur GEF. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

Hier wird die Beratung unterbrochen.

Schluss der Sitzung um 16.30 Uhr.

Die Redaktorinnen:

Priska Vogt (d)

Catherine Graf Lutz (f)